



Beschlussvorlage

Organisationseinheit	Datum	Drucksachen-Nr.
Amt für Nahverkehr und Schülerbeförderung	06.03.2026	2026/025

⇩ Beratungsfolge	⇩ Sitzungsart	⇩ Sitzungstermin/e
Kreistag	öffentlich	16.03.2026

Tagesordnungspunkt 14.1

Antrag der AfD-Fraktion;

Absichtserklärung – Keine Einführung einer landkreisweiten Zwangsabgabe in Form eines Mobilitätspasses

Beschlussvorschlag

der Antragsteller:

Der Landkreis Konstanz gibt eine verbindliche Absichtserklärung ab, wonach er nicht beabsichtigt, ein eigenes Abgabainstrument in Form eines Mobilitätspasses gemäß §§ 14 ff. Landesmobilitätsgesetz (LMG) für das Kreisgebiet einzuführen.

Alternativer Beschlussvorschlag

der Verwaltung:

Der Antrag wird abgelehnt.

Historie und Sachverhalt

Mit Antrag vom 10. Februar beantragte die AfD-Fraktion, der Kreistag möge beschließen, keinen Mobilitätspass im Landkreis einzuführen.

Der Mobilitätspass ist ein neues, kommunales Finanzierungsinstrument in Baden-Württemberg für Investitionen in Ausbau- und Verbesserungsmaßnahmen des ÖPNV. Dabei ergänzt der Mobilitätspass die originären Finanzierungssäulen des ÖPNV, die bisher aus Fahrgeldeinnahmen und Steuergeldern bestehen.

Kommunen können selbst entscheiden, ob sie das neue Instrument nutzen wollen. Beschließt eine Kommune seine Einführung, so kann sie in einem definierten Abgabengebiet einen wiederkehrenden Beitrag entweder von Einwohnerinnen und Einwohnern oder von Kfz-Halterinnen und Kfz-Haltern erheben.

Wer eine Abgabe bezahlt, erhält dafür in gleicher Höhe ein Mobilitätsguthaben für den Erwerb von ÖPNV-Zeitkarten. Aufgrund dieses nutzbaren Gegenwertes heißt das neue ÖPNV-Finanzierungsinstrument „Mobilitätspass“.

Die Landkreisverwaltung beabsichtigt derzeit nicht, einen Mobilitätspass einzuführen. Wenn die Einführung eines Mobilitätspasses im Landkreis zukünftig Thema werden sollte, kann über dessen Einführung diskutiert und abgestimmt werden. Auch die Ablehnung des Antrags bedeutet nicht eine Beschlussfassung zur Einführung. Die Fassung des ursprünglichen Antrags mit einer negativen Zielrichtung ist vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll, deshalb schlägt die Verwaltung Ablehnung vor.

Anlagen

Anlage 1 - Antrag der AfD-Fraktion

--

Art der Aufgabe	
<input type="checkbox"/> Staatliche Aufgabe	<input type="checkbox"/> Selbstverwaltungsaufgabe - Pflichtaufgabe
	<input checked="" type="checkbox"/> Selbstverwaltungsaufgabe - Freiwillige Aufgabe

Auswirkungen auf beschlossene Ziele und Kennzahlen <i>(siehe Strategietabelle)</i>	
<input checked="" type="checkbox"/> keine Auswirkungen	
<input type="checkbox"/> Auswirkungen auf:	
Strategie-Nr.: ...	Handlungsfeld: ...
Leistungsziel: ...	
Maßnahme: ...	

Finanzielle Auswirkungen		
Aufwendungen bzw. Auszahlungen	Betrag	HH-Jahr/e
<input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> laufend <input type="checkbox"/> mehrjährig	... EUR	...
Zuschüsse oder (Gegen-)Finanzierung	Betrag	HH-Jahr/e
<input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> laufend <input type="checkbox"/> mehrjährig	... EUR	...
Nettoauswirkungen	... EUR	...
<input type="checkbox"/> Mittel sind im Haushalt/Entwurf (HHJahr/e ...) veranschlagt		
Es bestehen keine finanziellen Auswirkungen.		